76. Jahrgang. Nr. 220 Mittwoch, 11. Mai 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Nachtanschrift: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25 941. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugspreise: bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.90 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.90 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 900 Pfg., außerhalb 950 Pfg. ohne Briefaufschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Kaysch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdner Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Scharfe Angriffe gegen Minister Groener

Heftige Zusammenstöße im Reichstag

Stimmungsbild unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 10. Mai. Im Verlauf der Dienstagnachmittagssitzung des Reichstages, die sich bis in die Abendstunden hinein erstreckte, ist wieder einmal das Wort in Erfüllung gegangen, daß man den Tag nicht vor dem Abend loben soll. Der Vormittag hatte sich in seltener parlamentarischer Ruhe gezeigt, die demokratische Presse atmete schon auf, man sprach vom Ende der revolutionären Neigungen des Nationalsozialismus, und in der Tat hatte die Rede des Abg. Straßer allen Anlaß für solche Auffassungen gegeben. Das heiße Eisen des SA.-Verbotes war weder von Straßer, noch von einer anderen Seite angerührt worden. Man sprach davon, daß Bestrebungen im Gange seien, es nach Möglichkeit noch einige Zeit auskühlen zu lassen, ehe es in die Hände des Parlamentes gelegt werden sollte.

Dann kam der Nachmittag mit seiner grundsätzlichen Auseinandersetzung über die Unterdrückung der nationalsozialistischen Formationen,

mit einer Attacke, die dem Pour-le-mérite-Flieger Goering alle Ehre machte, und einer Regierungsverteidigung, vorgetragen von Minister Groener, die man in der Wandelhalle als eine große Blamage bezeichnete. Goerings Rede war ein **Frontalangriff gegen das Kabinett Brüning** in seiner Gesamtheit und unterschied sich dadurch merklich von Strahers Ausführungen, der den Kanzler offensichtlich zu schonen bestrebt war. Ausgang war die Außenpolitik und die bedrohliche Lage im deutschen Osten. Von hier sprang Goering auf das Thema SA.-Verbot über und gestaltete seine Rede zu einer flammenden Anklage gegen die Reichsregierung und in erster Linie gegen den Reichswehrminister. Groener sah sich dem Vorwurf ausgesetzt, er habe die wehrwillige junge Nation, die sich im Nationalsozialismus verkörpert, in ihren disziplinierten Gruppen treffen wollen.

„Das Verbot unserer SA. stellt nichts anderes dar, als eine moralische Abrüstung des Verteidigungswillens."

An Brüning richtete Hauptmann Goering die Frage, ob nicht Rücksichten auf Frankreich beim SA.-Verbot eine maßgebliche Rolle gespielt hätten. Sofort erhob sich der Kanzler, um das zu verneinen. Schon bald wurde es im Plenarsaale bewegter. Erregte Zwischenrufe wurden von rechts nach links und von links nach rechts geschleudert. Die Spannung steigerte sich von Minute zu Minute. Wieder einmal stand der Reichstag kurz vor tätlichen Auseinandersetzungen.

Goering ging unter anderem auch auf den heiklen Punkt ein, der bei der Polizeiaktion Severings eine wichtige Rolle gespielt hat. Es sind dies die SA.-Befehle, in denen das Verhalten der Grenz-SA. für den Kriegsfall mit Polen geregelt war, und nahm damit inhaltlich bereits das wichtigste Argument vorweg, das Groener gegen die SA. vorbrachte. Der Gesamteindruck der Groenerschen Verteidigungsrede, der gelesen ungleich anders wirkt, als sie gehalten wurde, war im Reichstag geradezu niederschmetternd. Den Reichswehrminister hat sicherlich niemand um die heikle Aufgabe beneidet, das SA.-Verbot von der Reichstagstribüne aus verteidigen zu müssen. Groener war aber durch die Angriffe Goerings von Anfang an bereits so erregt, daß er überhaupt keine Möglichkeit mehr hatte, sich mit seinen Ausführungen auch nur halbwegs durchzusetzen. Zitternd hielt er das Manuskript in seinen Händen, oft versagte ihm die Stimme. Ein Arzt, der Parlamentsmitglied ist, berichtet, er habe sich während der Groenerschen Ausführungen bereit gehalten, da er den Eindruck gehabt hätte, daß der Minister an der Schwelle eines Schlaganfalls gestanden habe.

So erlebte das Parlament eine der peinlichsten Stunden, deren sich selbst so bejahrte Abgeordnete, wie der alte Jannschauer, nicht zu erinnern vermochten.

Einen besonderen überzeugenden Ausdruck hat die Staatsautorität in dieser Rede jedenfalls nicht gefunden. In den Wandelhallen sprach man davon, daß nach diesem Schauspiel Groener wohl nicht mehr zu halten sei. Als Groener abtrat, hatte man den Eindruck, daß ein geschlagener Mann die Tribüne verließ. Dies nutzten die Nationalsozialisten sofort zu einer Gegenoffensive aus. Straßer beantragte namens seiner Fraktion, Groeners Rede durch Schallplatten in ganz Deutschland zu verbreiten, und außerdem **die Sitzung zu unterbrechen, damit man sich im Reichskabinett darüber klar werden könne, „ob dieser Mann geeignet ist, weiterhin die öffentliche Sicherheit in Deutschland zu vertreten, und ob er weiterhin die Armee in Deutschland führen kann."**

Einen Augenblick schien das Plenum ob dieser Anträge zu erstarren.

Als Erster faßte sich Esser, der eine Beleidigung Groeners in diesem Antrag sah und Straßer kurzerhand aus dem Haus wies. Straßer blieb, um ihn herum unter entrüsteten Protestrufen seine Parteifreunde. Esser dehnte hierauf den Ausschluß auf sieben Sitzungstage aus. Straßer wich nicht. Nun verließ Esser den Präsidentenstuhl. Die Sitzung war unterbrochen. Der Aeltestenrat trat zusammen. **Hinterher mußte Esser erklären, daß er den Ausschluß nicht aufrecht erhalten könne.** Auch aus diesem Treffen gingen also die Nationalsozialisten als Sieger hervor. Mit einer endlosen Rede des Zentrumsabgeordneten Dr. Bell schloß ein Tag, der in der parlamentarischen Geschichte seinesgleichen suchen dürfte. Das einzige sachliche Ergebnis ist der Abschluß der zweiten Lesung des Schuldentilgungsgesetzes, der trotz aller Opposition glückte.

Auf der Tagesordnung für Mittwoch stehen zwar bereits alle die Vorlagen, die der Reichstag vor Pfingsten noch erledigen soll; nach den Beschlüssen des Aeltestenrates sollen jedoch die Abstimmungen am Mittwoch noch nicht vorgenommen werden, sondern am Donnerstagvormittag. Die Hoffnung, die schon viele Parlamentarier hegten, bereits am Mittwochabend wieder das Wallothaus in Berlin verlassen zu können, dürfte so zunichte gemacht worden sein. Am Donnerstagnachmittag soll dann der Auswärtige Ausschuß zusammentreten, um Mitteilungen des Reichskanzlers und Außenministers Dr. Brüning über die außenpolitische Lage entgegenzunehmen.

Sitzungsbericht siehe Seite 2

Was Dietrich nicht sagte

Die große Rede des Reichsfinanzministers Dr. Dietrich hat die Erwartungen nicht erfüllt, die man mit Recht hegen durfte. Wir haben von ihm zwar allerlei Zahlen, aber kein Bild des neuen Etats des Reiches bekommen. Ganz im Gegenteil, die Zahlengegenüberstellungen waren so gehalten, als ob es unseren Reichsfinanzen leidlich gut gehe, die schwebenden Schulden und das Defizit sich eher vermindert als vergrößert hätten, und der neue Reichsetat in Einnahmen und Ausgaben balanciere. In Wirklichkeit besteht jedoch kein Anlaß, die deutsche Finanzlage mit so viel Optimismus zu betrachten. Es ist vielmehr notwendig, das darzulegen, was der Reichsfinanzminister nicht gesagt hat. Denn es ist besser, dem Ernst unserer Finanzlage nüchtern entgegenzusehen, als von plötzlichen Ueberraschungen betroffen zu werden.

Der Reichsfinanzminister hätte zunächst einmal darauf hinweisen müssen, daß man bereits die letzten Vierteljahresschwierigkeiten im Hinblick auf die verschiedenen Wahlen nur mit allerlei einmaligen Maßnahmen überwinden konnte. Man hat Schwierigkeiten verschoben, jedoch nicht beseitigt. Deshalb wird besonders das zweite Vierteljahr von 1932 für die Reichsfinanzen große Gefahren und unaufschiebbare Entscheidungen bringen müssen. **Schon zum Märzultimo war ein ungedeckter Kassenbedarf von 850 Millionen Mark vorhanden, den man hauptsächlich durch Vorwegnahme später fälliger Einnahmen gedeckt hat.** So hat man die am 10. April für den neuen Etat fällig werdenden Einkommensteuervorauszahlungen bereits am 10. März für Rechnung des alten Etats in einer Höhe erhoben, die mit dem tatsächlichen Einkommen vielfach nicht mehr übereinstimmt, also Rückzahlungen erforderlich machen wird. Nun werden aber die Schwierigkeiten für den Juniultimo aus Gründen des allgemeinen Steuerrückganges größer sein als beim Märzultimo. Will man dann die Vorauszahlungen für Juli ebenfalls auf Juni vorverlegen? Dann ergibt sich aber die Schwierigkeit, daß nach Fertigstellung der Veranlagungen beträchtliche Rückzahlungen zuviel erhobener Steuern nicht vermieden werden können. Ueber diesen völlig ungeklärten und bestimmt nicht gleichgültigen Punkt hat der Reichsfinanzminister in seiner ganzen Rede kein Wörtchen verlauten lassen.

Des weiteren ist in Rechnung zu setzen, daß wir für das nächste Vierteljahr zwar, wie auch der Reichsfinanzminister betont hat, mit einer unveränderlichen Ausgabe von mindestens 1,5 Milliarde zu rechnen haben, aber die Sachverständigen nur mit einer Einnahme von höchstens 1,2 Milliarde rechnen. Die Gründe dafür liegen in dem starken Rückgang unserer nicht unerheblichen Zolleinnahmen durch die Schrumpfung unseres Außenhandels und der Verminderung des Aufkommens an Umsatzsteuer durch die Schrumpfung unseres binnenwirtschaftlichen Warenaustausches. Dadurch entsteht schon im laufenden Vierteljahre ein neues Defizit, das am Ultimo auf mindestens 300 Millionen Mark angewachsen sein wird und dem von Dietrich genannten Kassendefizit von 1,3 Million hinzugerechnet werden muß. Auch hier wäre es sehr interessant gewesen, zu erfahren, durch welche Mittel der Finanzminister diese Gefahren bannen will. Seine bisherige Methode, sogenannte „Reserven" heranzuziehen, kennen wir genügend. Aber wir vermögen nach dieser Richtung keine neuen Möglichkeiten mehr zu erkennen. Die von Dietrich als „letzte Reserve" bezeichnete Umsatzsteuer ist ausgeschöpft, Kreditmöglichkeiten gibt es nicht mehr, die Ausgabendrosselung ist auch bis an die Grenze des Erträglichen durchgeführt. Eine weitere Sonderreserve des vergangenen Etatsjahres dürfte auch so ziemlich ausgenützt sein: die Ausprägung von Silbermünzen, aus der dem Reiche ein Gewinn von bisher 350 Millionen Mark zufloß. Der große Entlastungsvorstoß des Reiches, mit dem es sich vor Jahresfrist zunächst aus der Verlegenheit half: die Uebertragung der Erwerbslosen- und Wohlfahrtsfürsorge auf die Gemeinden, ein Experiment, das sich für diese besonders ungünstig auswirkte, muß sogar in Bälde auf das Reich zurückfallen. Nachdem das Reich damals die steigenden Lasten aus der Arbeitslosigkeit auf die Gemeinden abgewälzt hat, nur um sie rechnerisch aus seinem Haushalt auszuschalten, wird die ganze angesammelte Last nunmehr durch die ungeheure finanzielle Bedrängnis der Gemeinden mit voller Wucht auf das Reich zurückgewälzt. Die jüngst in der Reichshauptstadt abgehaltene Vorstandssitzung des Deutschen Städtetages ergab hierüber erschütternde Eindrücke. Man erfuhr dort, daß in vielen Industriestädten die gesamten Steuereinnahmen kaum noch die Hälfte der diesen Städten aufgebürdeten Wohlfahrtslasten decken! Die Zahl der von den Gemeinden betreuten Wohlfahrtserwerbslosen stieg im Laufe der letzten Monate um mehr als 60 Prozent und führte zu einer Ausgabenvermehrung, die auch nicht annähernd durch noch so rücksichtslose Abbau- und Einsparungsmaßnahmen wieder wettgemacht werden konnte. Der Reichsfinanzminister aber, anstatt auf diese ernsten Probleme einzugehen, gibt auf einen diesbezüglichen Zwischenruf die angesichts dieser Lage

Oesterreich vor schwerwiegenden Finanzmaßnahmen

Berlin, 10. Mai. (Eig. Drahtmeldung.) Die offiziöse „Wiener Reichspost" kündigt unter der Ueberschrift „Vor schwerwiegenden Entscheidungen" finanz- und währungspolitische Maßregeln in Oesterreich an, die sich als notwendig erweisen könnten, wenn der Völkerbundsrat auch diesmal nicht zu greifbaren Beschlüssen für Oesterreich kommen könnte. Die Ausführungen des Blattes verfolgen anscheinend

zunächst innerpolitische Zwecke,

um die Regierungsbildung im Sinne einer bürgerlichen Mehrheitszusammenfassung zu beeinflussen. Sie verdienen jedoch auch darüber hinaus noch starke Beachtung. Die „Reichspost" sagt unter Hinweis auf den Bericht des Völkerbundsvertreters in Wien, Dr. von Rost, daß der Völkerbundsrat sich über den Ernst der Lage in Oesterreich nicht hinwegtäuschen könne. Da man aber nach einer Fühlungnahme in Genf leider die Befürchtung hegen müsse, daß der Völkerbundsrat die Empfehlungen des Finanzkomitees, soweit sie auf Oesterreich Bezug hätten, nicht sofort aufgreifen wolle, erwäge man,

daß die Bundesregierung auch ihrerseits die Lage des Landes darstelle und bekanntgebe, daß Oesterreich zu außerordentlichen finanzpolitischen Maßregeln ebenfalls gezwungen sein würde.

Die schleppende Behandlung des Berichtes des Finanzkomitees habe bereits zur Folge gehabt, daß Griechenland ein Transfermoratorium erlassen habe, nachdem Ungarn schon Monate vorher sich zu dieser Maßregel gezwungen sah.

Nach einem Hinweis auf die Oesterreich von dem Völkerbundsberater in Wien empfohlene Währungs-, Deflations- und Sparpolitik erklärt die „Reichspost" abschließend folgendes: Man wird Oesterreich, wenn es diesen Möglichkeiten auszuweichen sucht, zugutehalten, daß es bisher in den Grenzen des Verantwortbaren seinen Verpflichtungen als Schuldner nachgekommen ist. Nochmals soll ein Versuch unternommen werden, das Ausland darauf aufmerksam zu machen, daß Oesterreich bereit ist, seine Verpflichtungen zu erfüllen, wenn es dazu durch eine sofortige Hilfeleistung des Auslandes instand gesetzt wird.

Dr. Dollfuß mit der Kabinettsbildung beauftragt

Wien, 10. Mai. **Der bisherige Landwirtschaftsminister Dr. Dollfuß wurde vom Bundespräsidenten mit der Bildung der neuen Regierung betraut, nachdem Bundeskanzler Dr. Buresch ersucht hatte, von einer Betrauung seiner Person abzusehen.**

Bundesminister Dr. Dollfuß verhandelte heute mit den Vertretern der bürgerlichen Parteien bis spät nachts in dem Bemühen, ein bürgerliches Konzentrationskabinett zu erreichen. Wie verlautet, stehen die Großdeutschen auf dem Standpunkt, erst die Entscheidung über die Auflösungsanträge im Verfassungsausschuß, für die sie stimmen werden, abzuwarten, ehe sie zur Regierungsbildung selbst Stellung nehmen könnten. Vom Heimatblock heißt es, daß er bestimmte Forderungen bezüglich der innerpolitischen Richtung der neuen Regierung gestellt habe.